28.02.2024

Herr Vorsitzender, werte Abgeordnete,

die letzten Tage haben meiner Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt eine neue Richtung gegeben.

Da wollen Abgeordnete des Deutschen Bundestages den Krieg mit deutschen Waffen nach Russland tragen. Sie blenden aus:  
Wer den Krieg mit deutschen Waffen nach Russland trägt, trägt den Krieg nach Deutschland!

Andere fordern auf die Schnelle deutsche Atomwaffen.

Der französische Präsident fabuliert vom Einsatz regulärer Streitkräfte von NATO- oder EU-Staaten in der Ukraine.

Und der Bundeskanzler erklärt denen, die es ohnehin wissen, dass die Lieferung deutscher Raketen an die Ukraine dank ihrer technischen Parameter zwangsläufig die Mitlieferung von Manpower und die Bereitstellung von Echtzeitdienstleistungen für die Feuerleitung – also unmittelbare Kriegsbeteiligung – einschließen würde. Und erteilt dem genauso eine Absage, wie der Offenheit des französischen Präsidenten für die Entsendung von Truppen in die Ukraine.

Es mag ja sein, dass Kriegsbefürworter und Bild-Leser dass nicht wahrhaben wollen. An den Tatsachen ändert es freilich nichts.

Als im November 2022 im Kreistag der Antrag von zwei Fraktionen für einen Brief in dieser Sache an die Bundesregierung diskutiert wurde, hatte der Bundeskanzler auch die Lieferung „schwerer Waffen“ noch abgelehnt. Nach dem Januar 2023 wurden doch Panzer geliefert. In der Zwischenzeit ist ein erheblicher Teil davon schon verbrannt.

Und all dass soll dann einen Kreistag nichts angehen. Der soll sich um Kommunalpolitik kümmern, in der auch die Suppe der Kriegsfinanzierung ausgelöffelt werden muss.

Das erinnert schon sehr an das Brecht-Wort „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“

Wer unter diesen Bedingungen meint, „Putin“ – also Russland – brauche doch nur zu kapitulieren und das für Diplomatie hält, hat den Ernst der Lage nicht begriffen. Das treibt die Welt in eine Katastrophe, in der auch in Berlin Luftschutzbunker nicht mehr helfen.

Gebraucht wird ein Waffenstillstand, gebraucht werden Verhandlungen, damit das Sterben aufhört.

Insofern soll der Brief auch dazu beitragen, den weiteren Forderungen nach einer Eskalation der Kriegführung zu widerstehen.

Abschließend noch eine formale Anmerkung:

Wie erwähnt, hatten zwei Fraktionen den Text des Ersetzungsantrages bereits im November 2022 eingebracht. Er wurde nur geringfügig gekürzt.

Ich gehe davon aus, dass die Entwicklung in den zurückliegenden eineinhalb Jahren weitere Abgeordnete des Kreistages nachdenklich gemacht hat. Die Menschen auch im Landkreis sind von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges bereits unmittelbar betroffen.

Und der Antrag der AfD-Fraktion ist in höchsten Maße unglaubwürdig. Eine Partei, deren kriegspolitischer Sprecher im deutschen Bundestag nach Atomwaffen schreit, ist keine Friedenspartei

Menschen meines Alters können sich erinnern: vor 60 Jahren plante die NATO einen Atomminengürtel quer durch die damalige Bundesrepublik. Da wäre vernichtet worden, was doch hätte verteidigt werden sollen. Solche Planungen dürfen sich nicht wiederholen.